WP-4-532 Kapitel 4: Berlin lebt Vielfalt

Antragsteller*in: Annekatrin Schimmelpfennig (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu WP-4

Von Zeile 531 bis 534:
demokratische Kultur, in der Vielfalt geachtet wird, Fakten geschützt werden und solidarisches Handeln gestärkt wird – in Berlin, im Netz und auf der Straße. ~~Unser Ziel: eine Stadt, in der rechtsextreme Ideologien keinen Nährboden finden und demokratische Teilhabe für alle gesichert ist.~~

Besonderen Fokus legen wir dabei auf alle Bildungseinrichtungen, die bei aktuellen (gesellschafts)politisch relevanten Ereignissen dazu angehalten werden, diese umgehend im Unterricht aufzugreifen (von Klasse 1 bis 13). Eine neu einzurichtende Abteilung der Senats-Bildungsverwaltung arbeitet zukünftig eng vernetzt mit Expert*innen wie der Landeszentrale für politische Bildung, trägt die Verantwortung für die zeitnahe Vermittlung professioneller Unterstützung, um frühzeitig einer Radikalisierung Heranwachsender vorzubeugen. Unser Ziel: eine Stadt, in der (rechts)extreme und demokratiefeindliche Ideologien keinen Nährboden finden und demokratische Teilhabe für alle gesichert ist.

Unser Ziel: eine Stadt, in der (recht)sextreme und demokratiefeindliche Ideologien keinen Nährboden finden und demokratische Teilhabe für alle gesichert ist.

Begründung

Viele Bürger*innen, insbesondere junge Menschen, äußern zunehmend politische Verdrossenheit und fehlendes Vertrauen in die Gesellschaft und in politische Instanzen. Folglich ziehen sie sich aus gesellschaftspolitischer Verantwortung zurück, bewegen sich aber gleichzeitig in sozialen Medien ohne ausreichendes Hintergrundwissen, um zwischen Fakenews und seriöser Berichterstattung unterscheiden zu können.
Aktuelle politische und gesellschaftsrelevante Ereignisse finden in Berliner Bildungseinrichtungen viel zu wenig Raum, nicht selten auch aus Angst, evtl. gegen den Beutelsbacher Konsens zu verstoßen. Die Heranwachsenden werden dadurch mit ihren Eindrücken und Ängsten allein gelassen.
Unsere Bildungseinrichtungen versäumen damit ihre Pflicht (siehe §1 des Berliner Schulgesetzes) und die einmalige Chance, Kinder und Jugendliche von Beginn an altersgerecht und umfassend zu informieren, sie damit in (gesellschafts)politische Prozesse einzubinden und vielleicht sogar zu ermutigen, selbst wirksam zu werden. Um Extremismus vorzubeugen, muss

z.B. das Wissen über den Nationalsozialismus wieder im Zentrum der Wissensvermittlung stehen.

Jedes Kind sollte so früh wie möglich wissen und erfahren, welche Grundrechte unser Grundgesetz garantieren soll, welches die internationalen Menschenrechte sind, welche Möglichkeiten politischer Partizipation es gäbe…, um der Unsicherheit bei politischer Meinungsfindung und -äußerung, der Ablehnung der Übernahme von (politischer) Verantwortung und schließlich der Abwendung von der Gemeinschaft mit der Tendenz der Einnahme extremer und demokratiefeindlicher Haltungen frühzeitig entgegenzuwirken.

Unterstützer*innen

Alexandra Bendzko (KV Berlin-Mitte); Lea Rajewski-Lehmann (KV Berlin-Mitte); Andras Franke (KV Berlin-Mitte); Rebekka Dreher (KV Berlin-Mitte)